

**Medienmitteilung vom 30. Oktober 2013**

## **FIKO-Anträge zur ASP sind mehrheitlich Verschlechterungen statt Verbesserungen - Buchhaltungskommission statt Finanzkommission**

**Die Finanzkommission erfüllt mit ihren Anträgen zur Angebots- und Strukturüberprüfung die in sie gesteckten Erwartungen in keiner Art und Weise. Statt Finanzpolitik betreibt die FIKO kleinliche Buchhaltung. Statt einer offenen Diskussion über Leistungsangebot, Steuern und Verschuldung beschränkt sich die FIKO auf eine reine Ausgabenperspektive. Damit nimmt die FIKO eine Schwächung des Kantons Bern und eine Belastung des sozialen und regionalen Zusammenhalts in Kauf. Die Grünen kritisieren insbesondere die vorgeschlagenen Abbaumassnahmen in der Bildung, welche den bisherigen Absichtsbekundungen des Grossen Rates diametral entgegenlaufen.**

Im Jahr 2010 hat die Finanzkommission in einem internen Prozess vier sogenannte strategische Handlungsfelder der Finanzpolitik definiert (Leistungen, Anstellungsbedingungen, Erträge/Steuern und Schulden). Die FIKO unterstrich mit dieser Arbeit, dass der finanzielle Zustand eines Gemeinwesens nicht monokausal erklärt und beeinflusst werden kann, sondern immer das Zusammenspiel verschiedener Faktoren darstellt. Drei Jahre später hat sich die FIKO bedauerlicherweise stillschweigend von diesem Ansatz verabschiedet.

Der Bericht zur Angebots- und Strukturüberprüfung und zum Voranschlag 2014 ist eine kleinliche Buchhalterarbeit ohne jeglichen strategischen Weitblick. Mit ihren Anträgen – namentlich den neu vorgeschlagenen Massnahmen im Bildungsbereich – nimmt die FIKO eine nachhaltige Schwächung der Zukunftschancen des Kantons Bern und seiner Einwohner/innen in Kauf. Die Vergrösserung der Schulklassen wird den Druck auf die Lehrpersonen in einer sowieso belasteten Situation weiter ansteigen lassen und die Bildungsqualität verschlechtern; der Abbau bei den Lehrwerkstätten würde junge Menschen mit Schwierigkeiten auf dem Lehrstellenmarkt einer Berufsbildungschance berauben. Die Grünen werden die vorgeschlagenen Massnahmen deshalb klar ablehnen.

Unverständlich ist für die Grünen, dass die FIKO das Abbautempo bei den Prämienverbilligungen verschärft. Mit einem Bezüger/innen-Anteil von 26 Prozent liegt Bern im interkantonalen Vergleich im letzten Drittel, hält jedoch seine gesetzliche Vorgabe (25 bis 45 Prozent) noch knapp ein. Mit der ASP-Massnahme wird dies ändern. Der von der FIKO vorgeschlagene Abbau ist daher nicht nur sozialpolitisch brandgefährlich, sondern auch ungesetzlich. Zudem bedeutet die Massnahme eine massive Verringerung des verfügbaren Einkommens der betroffenen Menschen. Der Standortattraktivität wird damit Schaden zugefügt.

Den vorgeschlagenen, weitgehenden Verzicht auf den Abbau bei Menschen mit einer Behinderung begrüssen die Grünen. Die Grünen erachten es aber als nicht kohärent,

dass den Institutionen für Menschen mit einer Behinderung trotz einem gänzlichen Verzicht auf die Sparmassnahme ab dem Jahr 2015 ein Sparauftrag von drei Millionen Franken im Jahr 2014 verpasst wird. Diese Jo-Jo-Politik trägt nichts zu nachhaltig gesunden Finanzen bei, sondern belastet allein die betroffenen Institutionen.

Die Grünen werden in der Novembersession mit geeigneten Anträgen und Vorstössen dafür sorgen, dass die finanzpolitische Debatte nicht allein mit Fokus auf die Ausgaben, sondern ebenso auf die weiteren relevanten Grössen (z.B. Erträge und temporäre Neuverschuldung) geführt und damit ein verantwortungsloser Leistungsabbau verhindert wird.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat,  
Tel. 079 263 47 68